

KURZ UND PRÄGNANT

Minister verstieß gegen „Neutralitätspflicht“

Im Rechtsstreit zwischen der AfD und Justizminister Dieter Lauinger (Grüne) entschied das Landesverfassungsgericht am 6. Juli, dass der Minister mit seiner auf der Internetseite des Ministeriums veröffentlichten Warnung vor einer AfD-Demonstration in Erfurt gegen seine Neutralitätspflicht verstoßen habe. Dazu André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion: „Die LINKE unterstützt die rot-rot-grüne Landesregierung in ihrem Engagement, alle zur Öffentlichkeitsarbeit offenstehenden Wege zu nutzen, um eindeutig Position zu beziehen gegen Rassismus, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und die Diskriminierung von Minderheiten. Das ist auch Inhalt des Koalitionsvertrages. Wir ermutigen die Menschen, sich gesellschaftspolitisch zu positionieren und damit zugleich für eine pluralistische, welt-offene, tolerante und an humanen Werten, insbesondere Grund- und Menschenrechten, ausgerichtete Gesellschaft einzutreten. Dies gehört zur aktiven Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat.“ ■

Absage an Intoleranz und Diskriminierung



„Der Thüringer Bildungsplan ist ein ganzheitliches Konzept, das von individuellen Bildungsansprüchen ausgeht und auf das Recht von Kindern und Jugendlichen auf umfassende Entwicklung ihrer individuellen Fähigkeiten sowie ihrer Persönlichkeit zielt. Dies ist verbunden mit einer Absage an Intoleranz und Diskriminierung“, erklärte MdL Karola Stange und wies die Kritik der AfD am Bildungsplan als mittelalterlich und rückwärtsgerichtet zurück. „In unserer modernen Gesellschaft gehören gleichgeschlechtlich lebende Menschen einfach dazu. Das Vermitteln dieser einfachen Zusammenhänge und das Werben für Akzeptanz liegt im Rahmen der schulischen Aufgaben. Das kann nur von Leuten bezweifelt werden, die ihr Hauptgeschäft darin sehen, aus Vorurteilen gegen Minderheiten Politik zu machen.“

Foto: Mit einem Info-Stand vor dem Landtag Unterstützung u.a. von der GEW für den Thüringer Bildungsplan. ■

Viele befinden sich in einer Schuldenspirale

Fachtag: Überschuldete Menschen benötigen umfassende soziale Hilfestellung

„Jeder zehnte Thüringer über 18 Jahren von Überschuldung betroffen“ - so lauteten im Frühjahr die Schlagzeilen anlässlich des Schuldenbarometers für das erste Quartal 2016. Viele von ihnen befinden sich in einer Schuldenspirale, aus der sie ohne professionelle Hilfe nicht entkommen können.

marktes. Hier bedarf es, so Groth, neben grundsätzlichen Änderungen von Sozial- und Arbeitspolitik auch Änderungen im Verständnis von Schuldner- und Insolvenzberatungen. Diese müssen sich von ihrem bisherigen rechtlich-fiskalischem Schwerpunkt hin zu einem ganzheitlichen Ansatz entwickeln. „Die Beratungsstellen brauchen

KE im Thüringer Landtag, nimmt daher gemeinsam mit ihren Kolleginnen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen ersten dringenden Handlungsauftrag aus dem Fachtag mit: „Wir werden noch in 2016 die Richtlinien zur Förderung der Beratungsstellen so gestalten, dass diese besser ausgestattet werden können. Dazu gehört auch die



Diese bieten ihnen die 24 anerkannten Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen Thüringens, die aber nicht nur angesichts ständig steigender Beratungszahlen zunehmend überlastet sind. Die Beratungsstellen sind schlecht aufgestellt, es fehlt ihnen an Personal und Sachkosten. Deswegen lud die Fraktion DIE LINKE Mitte Juni die Berater gemeinsam mit Experten zu einem Fachtag ein, auf dem es um Lösungsansätze für eine zukünftige bessere Ausstattung der Beratungsstellen ging.

„Überschuldung im Jahr 2016 betrifft weiterhin vor allen Dingen Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende oder Menschen, denen eine sogenannte unwirtschaftliche Haushaltsführung vorgeworfen wird“, so der Neubrandenburger Sozialpädagoge Ulf Groth in seinem Eingangsvortrag zu aktuellen und zukünftigen Problemen der Schuldnerberatung. „Aber es kommen neue Gruppen hinzu und sie werden, wenn wir nicht mit neuen Konzepten für eine erfolgreiche Schuldner- und Insolvenzberatung darauf reagieren, in der Zukunft zu stigmatisierten Gruppen werden, denen ein Ausschluss aus der Gesellschaft droht!“

Zunehmend Ältere betroffen

Überschuldung betrifft zunehmend alte Menschen – eine Folge der sozialen Umstellung des Rentensystems in den 2000er Jahren, sie betrifft zunehmend neben dem klassischen Bild der überschuldeten alleinerziehenden Mutter auch Männer, die Beratungsangeboten oft zunächst ablehnend gegenüberstehen. Und es betrifft immer mehr Menschen, die trotz Arbeit in die Schuldenfalle geraten – eine weitere Folge der Deregulierung des Arbeits-

ein sozialanwaltschaftliches Grundverständnis, zu dem rechtliche Beratung ebenso gehört wie psychosoziale Betreuung!“ Ein solcher Wandel wird von den Schuldner- und Insolvenzberatern in Thüringen seit langem gefordert, und sie machten in ihren Praxisberichten auf dem Fachtag deutlich, was dazu gehört: Zu allererst eine bessere Ausstattung mit Personal und Sachkosten, dann aber auch ein besserer Zugang zu Fortbildungen und besseren Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Behörden.

Dringender Handlungsbedarf

Elke Wagner von der Beratungsstelle in Saalfeld machte an nur zwei Zahlen beispielhaft deutlich, wie Anforderungen gegenwärtig an der Praxis scheitern: 2015 wurden in der Beratungsstelle insgesamt 830 neue Fälle bearbeitet, von vier Beratungskräften, die aber nicht Vollzeit bezahlt werden.

Und die immer drängender notwendige Präventionsarbeit kann in Saalfeld wie anderswo nur mit einer Teilzeitkraft zu 35 Prozent geleistet werden. Schuld daran, da waren sich alle Anwesenden einig, ist maßgeblich der Verteilungsschlüssel, mit dem das Land Thüringen die Beratungsstellen fördert und der zur Zeit bei einer Beratungskraft für 100.000 Einwohner liegt. Das produziert im Ergebnis die schlechte personelle Ausstattung der Beratungsstellen, die vielerorts zu einer Verschlechterung des Beratungsangebots führt.

Ein solcher Schlüssel, so ein wichtiges Fazit des Faktages, ist kontraproduktiv für eine zukunftsfähige Schuldner- und Insolvenzberatung in Thüringen. Diana Skibbe, verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LIN-

Diskussion eines den Aufgabenstellungen der Beratungen angemessener Verteilungsschlüssel.“

Schuldnerberatungsagenda

Zum Schluss des Faktages ging es um Ansätze einer möglichen „Schuldnerberatungsagenda für Thüringen 2020“: Thüringen braucht mehr Beratungsstellen, um ein wirklich flächendeckendes Angebot ohne weiße Flecken auf der Landkarte zu gewährleisten. Brandenburg mit einer ähnlichen Bevölkerungszahl hat beispielsweise 50 Beratungsstellen.

Die Beratungsangebote müssen um Präventionsbestandteile und sozialpsychologische Komponenten deutlich ausgebaut werden, auch Informations- und spezielle Beratungsangebote für ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund müssen schnell geschaffen werden. Um dies sicherzustellen, muss die bereits existierende landesweit tätige Fachberatungsstelle in ihrer Funktion und ihren Möglichkeiten gestärkt werden. „Die Beratungsstellen“, so Ulf Groth „dürfen zukünftig nicht auf reine Verbraucherinsolvenzberatung reduziert werden. Überschuldete Menschen benötigen eine umfassende soziale Hilfestellung!“

„Mit dem Fachtag“, so Diana Skibbe in ihrer Zusammenfassung, haben wir eine gute Grundlage geschaffen, um jetzt gemeinsam mit den zuständigen Ministerien zu beraten, wie die Schuldnerberatung fest und nachhaltig in die Beratungslandschaft Thüringens integriert werden kann. Denn auch hier kann Rot-Rot-Grün zeigen, was modernes und verantwortliches Regierungshandeln für eine gerechtere und sozialere Gesellschaft bedeutet.“

Jens Schley ■